

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Erlass der Regierung zur Einführung eines Prämiensystems zur Steigerung der Energieeffizienz der Wohngebäude im Bestand

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen, Artikel 14, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2016 und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018 und das Dekret vom 12. Dezember 2019;

Aufgrund des Dekrets der Wallonischen Region vom 9. Dezember 1993 über die Förderung der rationellen Energienutzung, der Energieeinsparungen und der erneuerbaren Energien, Artikel 5 und 6;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 4. April 2019 zur Einführung eines Prämiensystems zur Durchführung eines Audits, seiner Berichte über die Überwachung der Arbeiten und der Investitionen zur Energieeinsparung und zur Renovierung einer Wohnung;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 27. Mai 2019 zur Ausführung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 4. April 2019 zur Einführung eines Prämiensystems zur Durchführung eines Audits, seiner Berichte über die Überwachung der Arbeiten und der Investitionen zur Energieeinsparung und zur Renovierung einer Wohnung;

Aufgrund des Gutachtens des Beirats für Wohnungswesen und Energie vom 24. Juni 2021;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 24. Mai 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom XXX;

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] der Datenschutzbehörde vom XXX;

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am XXX in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für das Wohnungswesen und die Energie zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Antragsteller: die in dem Bevölkerungs- oder Fremdenregister eingetragene natürliche Person, die gemäß dem vorliegenden Erlass Bauherr der Arbeiten ist;
2. Arbeit: jede aufgrund des vorliegenden Erlasses förderfähige Arbeit oder Dienstleistung, die von einem Unternehmer durchgeführt wird;
3. Bevölkerungs- oder Fremdenregister: die Dateien, in denen die Informationen über die im Gesetz vom 19. Juli 1991 über die Bevölkerungsregister, die Personalausweise, die Ausländerkarten und die Aufenthaltsdokumente bzw. die Informationen über die in Artikel 12 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern erwähnten Personen angegeben sind;
4. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG;
5. Dienststelle für Energieberatung: die mit der Energieberatung beauftragten Bediensteten der Verwaltung;
6. EEG-Zertifikat: die im Dekret der Wallonischen Region vom 28. November 2013 über die Energieeffizienz von Gebäuden vorgesehene globale, strukturierte und flexible digitale Datei, die alle Informationen enthält, die zur Beschreibung des Energiestandards eines Gebäudes erforderlich sind;
7. energetische Sanierung: die Durchführung von mehr als zwei Arbeiten, die im Anhang des vorliegenden Erlasses aufgelistet sind, an einem Wohngebäude im Bestand, Mehrfamilienhäuser ausgeschlossen, zwecks Steigerung der Energieeffizienz;
8. energetische Verbesserung: die Durchführung von höchstens zwei Arbeiten, die im Anhang des vorliegenden Erlasses aufgelistet sind, an einem Wohngebäude im Bestand, zwecks Steigerung der Energieeffizienz;
9. Haushalt mit geringem Einkommen: der Haushalt, in dem gemäß Artikel 37 §19 des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung mindestens ein Mitglied Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung hat;
10. Minister: der für das Wohnungswesen und die Energie zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
11. nachhaltiger Dämmstoff: Dämmstoff, dessen biobasierte Inhalte mindestens 70% betragen. Der Minister legt die dieser Messung zugrundeliegende Norm fest;
12. Qualiwall-Zertifizierung: das im Erlass der Wallonischen Regierung vom 27. Juni 2013 zur Einführung eines Systems zur Zertifizierung der Installateure von Systemen zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen und der im Bereich der Energieeffizienz tätigen Fachleute vorgesehene Zertifizierungssystem der Wallonischen Region für Installateure von Anlagen für erneuerbare Energien in den Bereichen Photovoltaik, solarthermische Warmwasserbereitungsanlagen, solarthermische Kombianlagen, Wärmepumpen, oberflächennahe geothermische Anlagen und Biomasse-Heizkessel;
13. Unternehmer: belgische und ausländische in der Zentralen Datenbank der Unternehmen eingetragene Person, die aufgrund des vorliegenden Erlasses förderfähige Arbeiten tätigt und sie dem Antragsteller in Rechnung stellt. Die ausländische in der Zentralen Datenbank der Unternehmen eingetragene Person verfügt über die gesetzlich vorgesehenen Genehmigungen, um in Belgien Dienstleistungen erbringen zu dürfen;
14. U-Wert: der Wärmedurchgangskoeffizient des Bauteils, das heißt die Wärmemenge pro Flächeneinheit, die im stationären Zustand durch ein Bauelement strömt, dividiert durch die Temperaturdifferenz zwischen der inneren und äußeren Umgebung auf beiden Seiten des betreffenden Bauelements, ausgedrückt in W/m^2K ;

15. Verwaltung: der für das Wohnungswesen und die Energie zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

16. Wohngebäude im Bestand: das Einfamilienhaus, Mehrfamilienhaus oder Appartement, das sich in einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets befindet, gemäß seiner Zweckbestimmung mindestens zu 50% als Wohnraum genutzt wird und dessen Städtebaugenehmigung mindestens 15 Jahre alt ist.

KAPITEL 2 – PRÄMIE ZUR STEIGERUNG DER ENERGIEEFFIZIENZ DER WOHNGEBÄUDE IM BESTAND

Abschnitt 1 – Anwendungsbereich

Art. 2 – Der vorliegende Erlass bildet eine Abweichung von Kapitel IV des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 30. August 2007 zur Festlegung der Mindestkriterien der gesundheitlichen Zuträglichkeit, der Kriterien der Überbelegung und zur Bestimmung der in Artikel 1, 19° bis 22°bis des Wallonischen Wohngesetzbuches.

Art. 3 – Die Prämien sind dem Antragsteller vorbehalten, der:

1. Inhaber eines dinglichen Rechts an dem Wohngebäude im Bestand ist, in dem Arbeiten zwecks Steigerung der Energieeffizienz, die Gegenstand des Prämienantrags sind, durchgeführt werden;

2. nach der Auszahlung der Prämien eine der folgenden Bedingungen erfüllt:

a) die Wohnung während eines Mindestzeitraums von fünf Jahren als Hauptwohntort benutzen;

b) die Wohnung einer Agentur für soziale Wohnungen, einer Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes oder jeglicher sonstigen von dem Minister bestimmten Einrichtung durch ein Verwaltungsmandat für eine Mindestdauer von fünf Jahren zur Verfügung stellen;

c) für eine Mindestdauer von einem Jahr einem Verwandten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grad einschließlich, die gesamte Wohnung als Hauptwohntort kostenlos zur Verfügung stellen;

d) die Wohnung während einer Dauer von mindestens fünf Jahren durch einen registrierten Mietvertrag zur Miete freigeben.

Art. 4 – §1 - Unter den im vorliegenden Erlass vorgesehenen Bedingungen und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel werden die Prämien zur Durchführung der Arbeiten zwecks Energieeinsparung der Wohngebäude im Bestand gewährt.

§2 - Für dieselbe Arbeit kann die aufgrund des vorliegenden Erlasses gewährte Prämie nur ein einziges Mal gewährt und nicht mit einer anderen von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der Wallonischen Region gewährten Beihilfen kumuliert werden.

§3 - Vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen werden die gesamten Arbeiten von einem in der Zentralen Datenbank der Unternehmen eingetragenen Unternehmer durchgeführt.

Vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen, werden die im Rahmen der gesamten Arbeiten installierten technischen Anlagen, die in den Nummern 7 bis 14 des Anhangs des vorliegenden Erlasses aufgelistet sind, durch einen Techniker installiert, der ein Qualiwall-Zertifikat oder ein durch die Verwaltung gleichgestelltes Zertifikat vorweisen kann.

Abschnitt 2 – Förderfähige Arbeiten

Art. 5 – §1 – Für die in dem Anhang des vorliegenden Erlasses aufgeführten Arbeiten kann eine Prämie gewährt werden.

Der Minister kann die technischen Bedingungen festlegen, die die dort aufgeführt Arbeiten erfüllen müssen.

§2 – Für Arbeiten in Räumen von Wohngebäuden im Bestand, die nicht als Wohnfläche genutzt werden, kann keine Prämie gewährt werden.

Art. 6 – Die Arbeiten für die energetische Verbesserung werden innerhalb von zwei Jahren ab Einreichung des Antrags durchgeführt.

Die Arbeiten für die energetische Sanierung werden innerhalb von drei Jahren ab Einreichung des Antrags durchgeführt.

Art. 7 – Die Arbeiten werden gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 29. Januar 2007 bezüglich der beruflichen Fähigkeit für die Ausübung der selbstständigen Tätigkeiten in den Berufen des Baus und der Elektrotechnik sowie des allgemeinen Unternehmens durchgeführt.

Abschnitt 3 – Prämienbetrag

Art. 8 – §1 – Die Prämienbeträge, die nach Abschluss der energetischen Verbesserung oder Sanierung der bestehenden Wohngebäude gewährt werden, werden wie folgt bestimmt:

1. Die Grundbeträge jeder Prämie werden gemäß dem Anhang des vorliegenden Erlasses je nach Quadratmeter oder auf einer Pauschalgrundlage, unabhängig des Einkommens des Haushalts des Antragstellers, berechnet.

2. Die Grundbeträge werden bei der Verwendung von nachhaltigen Dämmstoffen um 25% erhöht, insofern mindestens 70% des verwendeten Dämmstoffs natürlichen Ursprungs ist.

§2 – Der Antragsteller, der zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrags Mitglied eines Haushalts mit geringem Einkommen ist, erhält einen Zuschlag von 40%, einschließlich Mehrwertsteuer, zum Grundbetrag der Prämie bzw. zum gemäß §1 Nummer 2 erhöhten Grundbetrag.

§3 – Der Betrag der Prämie, die zur Durchführung der Arbeiten zwecks Steigerung der Energieeffizienz gewährt wird, darf in keinem Fall 70%, einschließlich Mehrwertsteuer, des Betrags der Rechnungen für diese Arbeiten überschreiten.

Für den in §2 erwähnten Antragsteller wird dieser Prozentsatz auf 80%, einschließlich Mehrwertsteuer, des Betrags der Rechnungen für diese Arbeiten festgelegt.

Abschnitt 4 – Antragsverfahren

Art. 9 – §1 – Vor der Durchführung der Arbeiten reicht der Antragsteller einen Antrag bei der Dienststelle für Energieberatung ein. Der Antrag enthält die Informationen bezüglich:

1. Art und Umfang der geplanten Arbeiten;

2. Angaben zum Antragsteller:

- a) Name und Vorname;
- b) Nationalregisternummer;
- c) Wohnsitz und Adresse;
- d) Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
- e) Kontonummer und Bankverbindung;
- f) falls der Antragsteller gemäß Artikel 8 §2 eine erhöhte Prämie beantragt: Haushaltszusammensetzung und Angabe darüber, ob der Antragsteller Mitglied eines Haushalts mit geringem Einkommen ist;

3. Angaben zum Antragsgegenstand:

- a) Ort der Arbeiten;
- b) Alter des betroffenen Gebäudes;
- c) Zweckbestimmung des Gebäudes nach Durchführung der Arbeiten.

Der Antrag wird anhand eines durch den Minister festgelegten und bei der Dienststelle für Energieberatung verfügbaren Formulars eingereicht. Um als vollständig betrachtet zu werden, werden dem Antrag folgende Unterlagen beigefügt:

1. einer von dem Antragsteller unterzeichnete eidesstattliche Erklärung zur Bescheinigung, dass:

- a) er die in Artikel 3 vorgesehenen Bedingungen erfüllt und sich verpflichtet, sie weiterhin zu erfüllen;
- b) die Arbeiten, die Gegenstand des Prämienantrags sind, unter Beachtung der städtebaulichen Vorgaben durchgeführt werden;

2. falls der Antragsteller eine energetische Sanierung beabsichtigt: ein gültiges EEG-Zertifikat des Gebäudes;

3. falls der Antragsteller gemäß Artikel 8 §2 eine erhöhte Prämie beantragt:

- a) einen vor weniger als zwei Monaten ausgestellten Auszug aus dem Bevölkerungsregister zur Bescheinigung der Haushaltszusammensetzung des Antragstellers;
- b) eine vor weniger als zwei Monaten erstellte Bescheinigung der Krankenkasse, aus der hervorgeht, dass der Antragsteller Mitglied eines Haushalts mit geringem Einkommen ist;

§2 - Der Antragsteller teilt der Verwaltung unmittelbar jede im Laufe des Antragsverfahrens aufkommende Änderung der im vorliegenden Artikel angeführten Informationen mit.

Art. 10 – Innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach Eingang des Antrags übermittelt die Dienststelle für Energieberatung dem Antragsteller einen Hinterlegungsbescheid.

Ausgehend von den im Antrag durch den Antragsteller übermittelten Informationen kann die Dienststelle für Energieberatung entscheiden, innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Eingang des Antrags mit dem Antragsteller einen Termin in dem Gebäude zwecks Beratung und Festlegung der Maßnahmen zur energetischen Verbesserung des Wohngebäudes im Bestand, zur Festlegung der Materialkennwerte und gegebenenfalls der technischen Anlagekennwerte zu vereinbaren.

Der in Absatz 2 erwähnte Termin wird in jedem Fall vereinbart, wenn der Antragsteller dies anfragt.

Im Falle einer energetischen Sanierung wird ebenfalls eine empfohlene Prioritätenliste der durchzuführenden Arbeiten erstellt. Die Reihenfolge dieser Prioritätenliste ist nicht verbindlich.

Art. 11 – Innerhalb einer Frist von 30 Tagen ab dem in Artikel 10 Absatz 2 erwähnten Termin oder nach Eingang des Antrags, wenn kein Termin vereinbart wurde, übermittelt die

Dienststelle für Energieberatung dem Antragsteller einen Bescheid über die Vollständigkeit des Antrags.

Ist der Antrag unvollständig, übermittelt die Dienststelle für Energieberatung dem Antragsteller innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach dem in Artikel 10 Absatz 2 erwähnten Termin oder nach Eingang des Antrags, wenn kein Termin vereinbart wurde, ein Verzeichnis der fehlenden Unterlagen und weist darauf hin, dass das Verfahren erst ab deren Empfang fortgesetzt wird.

Der Antragsteller übermittelt der Dienststelle für Energieberatung die fehlenden Unterlagen innerhalb einer Frist von 15 Tagen ab Empfang des in Absatz 2 erwähnten Verzeichnisses.

Falls der Antragsteller die fehlenden Unterlagen innerhalb der in Absatz 3 vorgeschriebenen Frist nicht übermittelt, ist der Antrag unzulässig.

Art. 12 – Erst nach Erhalt der in Artikel 11 Absatz 1 erwähnten Mitteilung darf der Antragsteller mit der Durchführung der Arbeiten beginnen.

Beginnt der Antragsteller vorzeitig mit der Durchführung der Arbeiten, ist der Antrag unzulässig.

Art. 13 – §1 – Innerhalb einer Frist von 90 Tagen nach Fertigstellung der Arbeiten, die in der in Artikel 11 Absatz 1 erwähnten Mitteilung aufgelistet wurden, übermittelt der Antragsteller der Dienststelle für Energieberatung die Bestätigung, dass die Arbeiten durchgeführt wurden.

Die Bestätigung, dass die Arbeiten durchgeführt wurden, wird anhand eines durch den Minister festgelegten und bei der Dienststelle für Energieberatung verfügbaren Formulars eingereicht. Um als vollständig betrachtet zu werden, werden der Bestätigung folgende Unterlagen beigelegt:

1. die Rechnungen der durchgeführten Arbeiten;
2. die entsprechenden vom Unternehmer ausgefüllten technischen Anhänge bezüglich der durchgeführten Arbeiten.

Falls der Unternehmer innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Frist die technischen Anhänge bezüglich der durchgeführten Arbeiten nicht ausgefüllt hat, nimmt dies die Dienststelle für Energieberatung von Amts wegen vor, wenn der Antragsteller dies anfragt.

§2 – Innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Eingang der in §1 erwähnten Bestätigung übermittelt die Dienststelle für Energieberatung dem Antragsteller die Entscheidung bezüglich der Zuschussbestätigung.

Ist die in §1 erwähnte Bestätigung unvollständig, übermittelt die Dienststelle für Energieberatung dem Antragsteller innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Eingang der Bestätigung ein Verzeichnis der fehlenden Unterlagen und weist darauf hin, dass das Verfahren erst ab deren Empfang fortgesetzt wird.

Der Antragsteller übermittelt der Dienststelle für Energieberatung die fehlenden Unterlagen innerhalb einer Frist von 15 Tagen ab dem Empfang des in Absatz 3 erwähnten Verzeichnisses.

Falls der Antragsteller die fehlenden Unterlagen innerhalb der in Absatz 4 vorgeschriebenen Frist nicht übermittelt, ist der Antrag unzulässig.

Art. 14 – Die gewährten Prämien werden innerhalb einer Frist von 60 Tagen nach Zuschussbestätigung ausgezahlt.

Art. 15 – Wurde dem Antragsteller eine Prämie gewährt, kann ein neuer Antrag für energetische Verbesserungen an demselben Gebäude gemäß dem vorliegenden Kapitel nur nach Ablauf einer Frist von einem Jahr gestellt werden.

KAPITEL 3 – BESCHWERDEN

Art. 16 – §1 - Der Antragsteller verfügt über eine Frist von 30 Tagen ab der Übermittlung des Beschlusses, um gegen eine Ablehnung des Antrags oder gegen den Betrag der Prämie per Einschreiben eine Beschwerde bei dem Minister einzulegen.

Innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach Empfang der Beschwerde übermittelt der Minister dem Antragsteller eine Empfangsbestätigung der Beschwerde.

Innerhalb einer Frist von 60 Tagen nach Versand der Empfangsbestätigung fordert der Minister den Antragsteller auf, ihm alle Dokumente und Belege zu übermitteln, die er zur Neuüberprüfung der Akte als notwendig erachtet. Werden die angeforderten Elemente innerhalb der Frist von 60 Tagen nicht übermittelt, wird der beanstandete Beschluss bestätigt.

§2 – Der Minister fasst seinen Beschluss innerhalb einer Frist von drei Monaten nach dem Empfang aller für die Neuüberprüfung des Antrags notwendigen Dokumente.

Falls innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Frist dem Antragsteller kein Beschluss zugestellt worden ist, gilt die Prämie, so wie beantragt, als gewährt.

KAPITEL 4 – KONTROLLE

Art. 17 – Die Verwaltung verfügt über eine Frist von fünf Jahren ab der Auszahlung der Prämie, um die Übereinstimmung des Antrags mit den im vorliegenden Erlass festgelegten Gewährungsbedingungen zu prüfen.

Die Prüfung erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

KAPITEL 5 – DATENSCHUTZ

Art. 18 – Die Verwaltung ist für die Verarbeitung der in Artikel 9 und 13 erwähnten personenbezogenen Daten verantwortlich. Sie gilt für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.

Die Verwaltung verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die der Gewährung der Prämien, nämlich zur Überprüfung der Übereinstimmung des Antrags mit den Gewährungsbedingungen, zur Gewährung der Prämie sowie ggf. zur Rückforderung der unberechtigtweise ausgezahlten Prämien, notwendig sind.

Die Verwaltung darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen, dekretalen oder die durch vorliegenden Erlass festgelegten Aufträge verwenden.

Art. 19 – Die von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen erhobenen Daten werden nicht länger gespeichert, als es für die Zwecke ihrer Verarbeitung nötig ist.

Die höchste Speicherfrist überschreitet nicht den 31. Dezember des Jahres, im Laufe dessen alle in der Zuständigkeit des für die Verarbeitung Verantwortlichen gemäß Artikel 18 fallenden Rechtsansprüche verjähren, und gegebenenfalls die vollständige Zahlung aller damit verbundenen Beträge erfolgt, sowie die damit verbundenen Verfahren und administrativen bzw. gerichtlichen Beschwerden endgültig enden.

Art. 20 – Der für die Verarbeitung Verantwortliche ergreift die notwendigen fachrechtlichen Maßnahmen, damit alle personenbezogenen Daten, die sich aus den gesammelten Dokumenten ergeben, sowohl physisch als auch elektronisch, im Rahmen der Anwendung des vorliegenden Erlasses auf sichere Weise gespeichert oder ausgetauscht werden.

KAPITEL 6 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 21 – Folgende Erlasse werden aufgehoben:

1. der Erlass der Wallonischen Regierung vom 4. April 2019 zur Einführung eines Prämiensystems zur Durchführung eines Audits, seiner Berichte über die Überwachung der Arbeiten und der Investitionen zur Energieeinsparung und zur Renovierung einer Wohnung;
2. der Ministerielle Erlass vom 27. Mai 2019 zur Ausführung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 4. April 2019 zur Einführung eines Prämiensystems zur Durchführung eines Audits, seiner Berichte über die Überwachung der Arbeiten und der Investitionen zur Energieeinsparung und zur Renovierung einer Wohnung.

Art. 22 – In Abweichung von Artikel 21 findet der Erlass der Wallonischen Regierung vom 4. April 2019 zur Einführung eines Prämiensystems zur Durchführung eines Audits, seiner Berichte über die Überwachung der Arbeiten und der Investitionen zur Energieeinsparung und zur Renovierung einer Wohnung weiterhin Anwendung auf die Antragsteller, die gemäß dessen Artikel 8 vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses die Erstellung eines Energieaudits beantragt haben.

In Abweichung von Absatz 1 können die Antragsteller die Anwendung des vorliegenden Erlasses beantragen:

1. wenn die Rechnung der in der Vorankündigung aufgeführten Arbeiten nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses ausgestellt wurde und,
2. wenn die Arbeiten die Bedingungen des vorliegenden Erlasses erfüllen.

Die Antragsteller, die vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses ein Audit beantragt haben, können die Prämie für die Arbeiten beantragen, wenn sie nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses ein Audit gemäß den Bestimmungen des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 4. April 2019 über das Audit einer Wohnung vornehmen.

Art. 23 – Der vorliegende Erlass tritt am 1. November 2021 in Kraft.

In Abweichung von Absatz 1 tritt Artikel 4 §3 Absatz 2 an einem vom Minister festgelegten Datum in Kraft.

Art. 24 – Der Minister für das Wohnungswesen und die Energie wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

Anhang zum Erlass der Regierung zur Einführung eines Prämiensystems zur Steigerung der Energieeffizienz der Wohngebäude im Bestand

Förderfähige Arbeiten, Anforderungen an die U-Werte der jeweiligen Bauteile, Auflistung der technischen Bedingungen und Zusammenstellung der Grundbeträge der gewährten Prämien

	Art der Arbeit	Bauteil	Maximaler U-Wert (W/m²K)	Basisprämie
1	Wärmedämmung von Wänden	Außenwand	$U \leq 0,24 \text{ W/m}^2\text{K}$	60,00 EUR/m² mit einer maximalen Fläche von 250 m²
2	Wärmedämmung von Dachflächen	Dach	$U \leq 0,20 \text{ W/m}^2\text{K}$	45,00 EUR/m² mit einer maximalen Fläche von 200 m²
3	Wärmedämmung von Geschossdecken	Oberste Geschossdecke zu nicht ausgebauten Dachräumen	$U \leq 0,24 \text{ W/m}^2\text{K}$	30,00 EUR/m² mit einer maximalen Fläche von 200 m²
4	Wärmedämmung von Geschossdecken	Kellerdecken, Decken zu ungeheizten Räumen	$U \leq 0,24 \text{ W/m}^2\text{K}$	30,00 EUR/m² mit einer maximalen Fläche von 200 m²
5	Wärmedämmung von Geschossdecken	Geschossdecken nach unten gegen Außenluft	$U \leq 0,24 \text{ W/m}^2\text{K}$	30,00 EUR/m² mit einer maximalen Fläche von 200 m²
6	Erneuerung von Fenstern, Fenstertüren und Außentüren	Fenster, Balkon- und Terrassentüren und Haustüren	$U_w \leq 1,5 \text{ W/m}^2\text{K} + U_g \leq 1,1 \text{ W/m}^2\text{K} +$ unter Berücksichtigung der belgischen Normen	90,00 EUR/m²
7	Austausch/Einbau der Heizungsanlage oder der Heizung/Warmwasserproduktion durch eine Heizwärmepumpe oder kombinierte Wärmepumpe (außer Luft/Luft)	Heizung	Technische Bedingungen, festgelegt durch den Minister	2.000,00 EUR
8	Austausch/Einbau der Heizungsanlage durch eine Biomassekessel	Heizung	Technische Bedingungen, festgelegt durch den Minister	2.500,00 EUR
9	Austausch oder Einbau eines lokalen Biomasseofens	Heizung	Technische Bedingungen, festgelegt durch den Minister	500,00 EUR

10	Installation von Solarpaneelen zur Warmwasserproduktion	Warmwasserproduktion	Technische Bedingungen, festgelegt durch den Minister	1.500,00 EUR
11	Austausch/Einbau eines Biomassekessels oder Biomasseofens in Kombination mit Solarpaneelen zur Warmwasserproduktion	Heizung/Warmwasserproduktion	Technische Bedingungen, festgelegt durch den Minister	4.500,00 EUR
12	Austausch/Einbau der Warmwasserproduktion durch eine Warmwasserpumpe	Warmwasserproduktion	Technische Bedingungen, festgelegt durch den Minister	500,00 EUR
13	Optimierung der Heizungsanlage	Heizung	Technische Bedingungen, festgelegt durch den Minister	400,00 EUR
14	Optimierung der Warmwasserproduktion	Warmwasserproduktion	Technische Bedingungen, festgelegt durch den Minister	200,00 EUR

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Einführung eines Prämiensystems zur Steigerung der Energieeffizienz der Wohngebäude im Bestand beigefügt zu werden.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

**Antonios
Antoniadis**

Digital unterschrieben von Antonios
Antoniadis
Datum: 2021.07.09 12:03:08 +02'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

GOVERNEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Arrêté du Gouvernement portant instauration d'un régime de primes visant à accroître la performance énergétique des bâtiments résidentiels existants

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu le Code de l'habitation durable, l'article 14, remplacé par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2016 et modifié par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018 et le décret du 12 décembre 2019;

Vu le décret de la Région wallonne du 9 décembre 1993 relatif à la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie, des économies d'énergie et des énergies renouvelables, les articles 5 et 6;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 4 avril 2019 instaurant un régime de primes pour la réalisation d'un audit, de ses rapports de suivi des travaux et des investissements économeurs d'énergie et de rénovation d'un logement;

Vu l'arrêté ministériel du 27 mai 2019 portant exécution de l'arrêté du Gouvernement wallon du 4 avril 2019 instaurant un régime de primes pour la réalisation d'un audit, de ses rapports de suivi des travaux et des investissements économeurs d'énergie et de rénovation d'un logement;

Vu l'avis du conseil consultatif du Logement et de l'Énergie, donné le;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le;

Vu l'avis n° [...] de l'Autorité de protection des données, donné le;

Vu l'avis n° [...] du Conseil d'État, donné le, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Logement et d'Énergie;

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1^{er} – Dispositions générales

Article 1^{er} – Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1° demandeur : la personne physique inscrite au registre de la population ou des étrangers, qui est maître d'ouvrage des travaux conformément au présent arrêté;

2° travail : tout travail ou toute prestation éligible en vertu du présent arrêté et exécuté par un entrepreneur;

3° registre de la population ou des étrangers : les fichiers qui reprennent les informations relatives aux personnes mentionnées dans la loi du 19 juillet 1991 relative aux registres de la population, aux cartes d'identité, aux cartes des étrangers et aux documents de séjour ou, selon le cas, à l'article 12 de la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

4° le règlement sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE;

5° Office de conseil en énergie : les agents de l'administration chargés de donner des conseils en matière d'énergie;

6° certificat PEB : le fichier numérique global, structuré et flexible, prévu dans le décret de la Région wallonne du 28 novembre 2013 relatif à la performance énergétique des bâtiments et qui contient toutes les informations nécessaires pour pouvoir décrire les normes énergétiques d'un bâtiment;

7° rénovation énergétique : la réalisation de plus de deux travaux, énumérés dans l'annexe au présent arrêté, sur un bâtiment résidentiel existant, à l'exclusion des immeubles à appartements, et ce, aux fins d'accroissement de la performance énergétique;

8° amélioration énergétique : la réalisation de deux travaux au plus, énumérés dans l'annexe au présent arrêté, sur un bâtiment résidentiel existant, et ce, aux fins d'accroissement de la performance énergétique;

9° ménage à revenus modestes : le ménage au sein duquel au moins un membre a droit à une participation majorée de l'assurance soins de santé conformément à l'article 37, § 19, de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités coordonnée le 14 juillet 1994;

10° ministre : le ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone compétent en matière de Logement et d'Énergie;

11° matériau isolant durable : matériau isolant composé à au moins 70 % de matières biosourcées. Le ministre fixe la norme relative à ce rapport.

12° certificat Qualiwall : le système de certification de la Région wallonne prévu par l'arrêté du Gouvernement de la Région wallonne du 27 juin 2013 mettant en place un système de certification des installateurs de systèmes de production d'énergie à partir de sources renouvelables et des professionnels des travaux liés à l'efficacité énergétique, destiné aux installateurs de systèmes d'énergie renouvelable dans les domaines du photovoltaïque, des chauffe-eaux solaires, des installations solaires thermiques combinées, des pompes à chaleur, des technologies de géothermie de surface et des chaudières à biomasse;

13° entrepreneur : toute personne, belge ou étrangère, inscrite à la Banque-Carrefour des Entreprises, qui réalise et facture au demandeur les travaux éligibles en vertu du présent arrêté. La personne étrangère inscrite à la Banque-Carrefour des Entreprises dispose des autorisations prévues par la loi pour pouvoir exécuter des prestations en Belgique;

14° valeur U : le coefficient de transmission thermique du composant, c'est-à-dire la quantité de chaleur par unité de surface qui, en régime permanent, traverse l'élément de construction, divisé par la différence de température entre l'environnement intérieur et extérieur de part et d'autre de l'élément de construction concerné, exprimé en W/m^2K ;

15° administration : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de Logement et d'Énergie;

16° bâtiment résidentiel existant : toute maison unifamiliale, tout immeuble ou appartement qui se trouve dans une commune de la région de langue allemande et qui, conformément à sa destination, est utilisé à au moins 50 % en tant que pièce d'habitation et dont le permis d'urbanisme date d'au moins quinze ans.

Chapitre 2 – Prime aux fins d'accroissement de la performance énergétique des bâtiments résidentiels existants

Section 1^{re} – Champ d'application

Art. 2 – Le présent arrêté déroge au chapitre IV de l'arrêté du Gouvernement wallon du 30 août 2007 déterminant les critères minimaux de salubrité, les critères de surpeuplement et portant les définitions visées à l'article 1^{er}, 19° à 22°*bis*, du Code wallon du logement et de l'habitat durable.

Art. 3 – Les primes sont réservées au demandeur qui :

1° est titulaire d'un droit réel sur le bâtiment résidentiel existant dans lequel sont effectués des travaux visant à accroître la performance énergétique et faisant l'objet de la demande de prime;

2° après la liquidation des primes, remplit une des conditions suivantes :

- a) occuper le logement à titre de résidence principale pendant une durée minimale de cinq ans;
- b) mettre le logement à la disposition d'une agence immobilière sociale, d'une société de logement de service public ou de tout autre organisme désigné par le ministre, par un mandat de gestion, pour une durée minimale de cinq ans;
- c) mettre gratuitement et à titre de résidence principale, la totalité du logement à la disposition d'un parent ou allié jusqu'au deuxième degré inclusivement pendant une durée minimale d'un an;
- d) mettre le logement en location par un bail enregistré pendant une durée minimale de cinq ans.

Art. 4 – § 1^{er} – Aux conditions prévues par le présent arrêté et dans la limite des crédits budgétaires disponibles, les primes sont octroyées pour la réalisation de travaux visant à accroître la performance énergétique des bâtiments résidentiels existants.

§ 2 – Pour le même travail, la prime octroyée en vertu du présent arrêté ne peut l'être qu'une seule fois et ne peut être cumulée avec une autre aide accordée par la Communauté germanophone ou la Région wallonne.

§ 3 – Sauf disposition contraire, l'ensemble des travaux sont réalisés par un entrepreneur inscrit à la Banque-Carrefour des Entreprises.

Sauf disposition contraire, l'installation d'équipements techniques dans le cadre de l'ensemble des travaux, énumérés aux 7° à 14° de l'annexe au présent arrêté, est réalisée par un technicien qui peut produire le certificat Qualiwall ou un autre certificat assimilé par l'administration.

Section 2 – Travaux éligibles

Art. 5 – § 1^{er} – Sont éligibles à l'octroi d'une prime les travaux énumérés dans l'annexe au présent arrêté.

Le ministre peut fixer les conditions techniques que les travaux y énumérés doivent respecter.

§ 2 – Aucune prime n'est octroyée pour des travaux effectués dans des pièces du bâtiment existant qui ne sont pas utilisées comme pièces de vie.

Art. 6 – Les travaux d'amélioration énergétique sont effectués dans les deux ans de l'introduction de la demande.

Les travaux de rénovation énergétique sont effectués dans les trois ans de l'introduction de la demande.

Art. 7 – Les travaux sont effectués conformément aux dispositions de l'arrêté royal du 29 janvier 2007 relatif à la capacité professionnelle pour l'exercice des activités indépendantes dans les métiers de la construction et de l'électrotechnique, ainsi que de l'entreprise générale.

Section 3 – Montant des primes

Art. 8 – § 1^{er} – Les montants des primes, octroyées après l'achèvement de l'amélioration ou de la rénovation énergétique du bâtiment résidentiel existant, sont déterminés comme suit :

1° les montants de base de chaque prime sont calculés, conformément à l'annexe au présent arrêté, par mètre carré ou sur une base forfaitaire, indépendamment des revenus du ménage du demandeur;

2° les montants de base sont majorés de 25 % lors de l'utilisation de matériaux isolants durables dans la mesure où au moins 70 % de ceux-ci sont d'origine naturelle.

§ 2 – Le demandeur qui, au moment de l'introduction de la demande, est membre d'un ménage à revenus modestes perçoit un supplément de 40%, taxe sur la valeur ajoutée comprise, du montant de base de la prime ou, selon le cas, du montant de base majoré conformément au § 1^{er}, 2°.

§ 3 – Le montant de la prime octroyée pour la réalisation des travaux visant à accroître la performance énergétique ne peut en aucun cas excéder 70 %, taxe sur la valeur ajoutée comprise, du montant des factures relatives à ces travaux.

Pour le demandeur mentionné au § 2, ce pourcentage est fixé à 80 %, taxe sur la valeur ajoutée comprise, du montant des factures relatives à ces travaux.

Section 4 – Procédure de demande

Art. 9 – § 1^{er} – Le demandeur introduit une demande auprès de l'Office de conseil en énergie avant l'exécution des travaux. La demande reprend les informations concernant :

1° la nature et l'étendue des travaux envisagés :

2° les données relatives au demandeur :

a) nom et prénoms;

b) numéro de registre national;

c) domicile et adresse;

d) numéro de téléphone et adresse électronique;

e) numéro de compte et données bancaires;

f) si, conformément à l'article 8, § 2, le demandeur introduit une demande de prime majorée : composition du ménage et données qui attestent que le demandeur est membre d'un ménage à revenus modestes;

3° les informations concernant l'objet de la demande :

a) lieu des travaux;

b) âge du bâtiment concerné;

c) destination du bâtiment après la réalisation des travaux.

La demande est introduite au moyen d'un formulaire fixé par le ministre et disponible auprès de l'Office de conseil en énergie. Pour être considérée comme complète, la demande doit être accompagnée des documents suivants :

1° d'une déclaration sur l'honneur signée par le demandeur attestant que :

a) il respecte les conditions prévues à l'article 3 et s'engage à continuer de les remplir;

b) les travaux faisant l'objet de la demande de prime sont réalisés dans le respect des prescriptions urbanistiques;

2° si le demandeur envisage une rénovation énergétique : un certificat PEB valable du bâtiment;

3° si, conformément à l'article 8, § 2, le demandeur introduit une demande de prime majorée :

a) un extrait du registre de la population établissant la composition du ménage du demandeur, qui date de moins de deux mois;

b) une attestation de la caisse d'assurance maladie dont il ressort que le demandeur est membre d'un ménage à revenus modestes, qui date de moins de deux mois;

§ 2 – Le demandeur communique immédiatement à l'administration tout changement concernant les informations mentionnées dans le présent article qui intervient dans le courant de la procédure de demande.

Art. 10 – L'Office de conseil en énergie adresse au demandeur un récépissé de dépôt dans un délai de quinze jours après réception de la demande.

Sur la base des informations transmises par le demandeur dans sa demande, l'Office de conseil en énergie peut décider, dans les trente jours après réception de ladite demande, de convenir avec le demandeur d'un rendez-vous fixé dans le bâtiment afin de donner des conseils et de fixer des mesures visant à accroître la performance énergétique du bâtiment résidentiel existant, de déterminer les caractéristiques des matériaux et, le cas échéant, de s'accorder sur les caractéristiques des installations techniques.

Le rendez-vous mentionné à l'alinéa 2 est convenu en tout état de cause si le demandeur en fait la demande.

Dans le cas d'une rénovation énergétique, une liste de travaux prioritaires à effectuer est également établie. L'ordre de cette liste n'est pas contraignant.

Art. 11 – L'Office de conseil en énergie transmet au demandeur un avis de complétude de la demande dans les trente jours suivant le rendez-vous mentionné à l'article 10, alinéa 2, ou après la réception de ladite demande si aucun rendez-vous n'a été fixé.

Si la demande est incomplète, l'Office de conseil en énergie transmet au demandeur, dans les trente jours suivant le rendez-vous mentionné à l'article 10, alinéa 2, ou après la réception de ladite demande si aucun rendez-vous n'a été fixé, un relevé des pièces manquantes et l'informe que la procédure est suspendue jusqu'à réception desdites pièces.

Le demandeur transmet à l'Office de conseil en énergie les pièces manquantes dans les quinze jours de la réception du relevé mentionné à l'alinéa 2.

Si le demandeur ne transmet pas les pièces manquantes dans le délai prescrit par l'alinéa 3, la demande est réputée irrecevable.

Art. 12 – Le demandeur peut commencer la réalisation des travaux uniquement après réception de la notification mentionnée à l'article 11, alinéa 1^{er}.

Si le demandeur commence les travaux prématurément, la demande est réputée irrecevable.

Art. 13 – § 1^{er} – Dans un délai de nonante jours après l'achèvement des travaux, énumérés dans la notification mentionnée à l'article 11, alinéa 1^{er}, le demandeur transmet à l'Office de conseil en énergie une confirmation qui atteste que les travaux ont été réalisés.

La confirmation qui atteste que les travaux ont été réalisés est introduite au moyen d'un formulaire fixé par le ministre et disponible auprès de l'Office de conseil en énergie. Pour être considérée comme complète, la confirmation doit être accompagnée des documents suivants :

- 1° les factures relatives aux travaux réalisés;
- 2° les annexes techniques *ad hoc* relatives aux travaux réalisés, remplies par les entrepreneurs.

Si l'entrepreneur n'a pas rempli les annexes techniques relatives aux travaux réalisés dans le délai mentionné à l'alinéa 1^{er}, l'Office de conseil en énergie s'en charge d'office si le demandeur en fait la demande.

§ 2 – L'Office de conseil en énergie informe le demandeur de sa décision concernant la confirmation de l'octroi des primes dans les trente jours après réception de la confirmation mentionnée au § 1^{er}.

Si la confirmation mentionnée au § 1^{er} n'est pas complète, l'Office de conseil en énergie transmet au demandeur, dans les trente jours après réception de la confirmation, un relevé des pièces manquantes et l'informe que la procédure est suspendue jusqu'à réception desdites pièces.

Le demandeur transmet à l'Office de conseil en énergie les pièces manquantes dans les quinze jours de la réception du relevé mentionné à l'alinéa 3.

Si le demandeur ne transmet pas les pièces manquantes dans le délai prescrit par l'alinéa 4, la demande est réputée irrecevable.

Art. 14 – Les primes octroyées sont liquidées dans les soixante jours suivant la confirmation de l'octroi des primes.

Art. 15 – Si une prime a été octroyée au demandeur, celui-ci ne peut introduire de nouvelle demande pour des améliorations énergétiques sur le même bâtiment conformément au présent chapitre qu'après expiration d'un délai d'un an.

Chapitre 3 – Recours

Art. 16 – § 1^{er} – Le demandeur dispose d'un délai de trente jours à dater de la notification de la décision pour introduire auprès du ministre, par lettre recommandée, un recours contre le refus de la demande ou contre le montant de la prime.

Le ministre transmet un accusé de réception du recours au demandeur dans les quinze jours après réception de celui-ci.

Dans les soixante jours suivant l'accusé de réception, le ministre invite le demandeur à fournir toutes les pièces et éléments justificatifs qu'il identifie comme nécessaires au réexamen de la demande. À défaut de fourniture des éléments réclamés dans un délai de soixante jours, la décision contestée est confirmée.

§ 2 – Le ministre statue dans les trois mois de la réception de l'ensemble des documents nécessaires au réexamen de la demande.

Le défaut de notification au demandeur de la décision dans le délai mentionné à l'alinéa 1^{er} est assimilé à une décision d'octroi de la prime.

Chapitre 4 – Contrôle

Art. 17 – L’administration dispose d’un délai de cinq ans, prenant cours le jour de la liquidation de la prime, pour vérifier la conformité de la demande aux conditions d’octroi fixées dans le présent arrêté.

Cette vérification s’opère conformément aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu’à l’organisation du contrôle de la Cour des comptes.

Chapitre 5 – Protection des données

Art. 18 – L’administration est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées aux articles 9 et 13. Elle est réputée responsable du traitement de ces données au sens de l’article 4, 7), du règlement général sur la protection des données.

L’administration traite les données à caractère personnel nécessaires pour l’octroi des primes, à savoir la vérification de la conformité de la demande aux conditions d’octroi, l’octroi de la prime ainsi que, le cas échéant, la récupération des primes indument liquidées.

L’administration ne peut utiliser les données collectées à d’autres fins que celles de l’exercice de ses missions légales, décrétales ou fixées par le présent arrêté.

Art. 19 – Les données collectées par les responsables du traitement ne sont pas conservées plus longtemps que nécessaire au regard de la finalité pour laquelle elles sont traitées.

La durée maximale de conservation n’excède pas le 31 décembre de l’année au cours de laquelle interviennent la prescription de toutes les prétentions qui relèvent de la compétence des responsables du traitement conformément à l’article 18 et, le cas échéant, le paiement intégral de tous les montants y liés, ainsi que la cessation définitive des procédures et recours administratifs et judiciaires y liés.

Art. 20 – Le responsable du traitement prend les mesures nécessaires selon les règles de l’art pour que toutes les données à caractère personnel résultant des documents collectés soient conservées ou échangées de manière sécurisée, tant physiquement que numériquement, dans le cadre de l’application du présent arrêté.

Chapitre 6 – Dispositions finales

Art. 21 – Sont abrogés les arrêtés suivants :

1° l’arrêté du Gouvernement wallon du 4 avril 2019 instaurant un régime de primes pour la réalisation d’un audit, de ses rapports de suivi des travaux et des investissements économeurs d’énergie et de rénovation d’un logement;

2° l’arrêté ministériel du 27 mai 2019 portant exécution de l’arrêté du Gouvernement wallon du 4 avril 2019 instaurant un régime de primes pour la réalisation d’un audit, de ses rapports de suivi des travaux et des investissements économeurs d’énergie et de rénovation d’un logement.

Art. 22 – Par dérogation à l’article 21, l’arrêté du Gouvernement de la Région wallonne du 4 avril 2019 instaurant un régime de primes pour la réalisation d’un audit, de ses rapports de suivi des travaux et des investissements économeurs d’énergie et de rénovation d’un logement reste d’application pour les demandeurs ayant introduit une demande de réalisation d’un audit énergétique conformément à son article 8 avant l’entrée en vigueur du présent arrêté.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les demandeurs peuvent solliciter l'application du présent arrêté :

1° si la facture des travaux repris dans l'avertissement préalable est postérieure à l'entrée en vigueur du présent arrêté et

2° si les travaux remplissent les conditions du présent arrêté.

Les demandeurs ayant introduit, avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, une demande d'audit peuvent solliciter la prime relative aux travaux s'ils réalisent ledit audit conformément à l'arrêté du Gouvernement wallon du 4 avril 2019 relatif à l'audit logement après l'entrée en vigueur du présent arrêté.

Art. 23 – Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} octobre 2021.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, l'article 4, § 3, alinéa 2, entre en vigueur à une date fixée par le ministre.

Art. 24 – Le Ministre compétent en matière de Logement et d'Énergie est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement
A. ANTONIADIS

Annexe à l'arrêté du Gouvernement portant instauration d'un régime de primes visant à accroître la performance énergétique des bâtiments résidentiels existants

Travaux éligibles, exigences en matière de valeurs U de chaque composant, énumération des conditions techniques et composition des montants de base des primes octroyées

	Nature du travail	Composant	Valeur U maximale (W/m²K)	Prime de base
1	Isolation thermique des murs	Mur extérieur	$U \leq 0,24 \text{ W/m}^2\text{K}$	60,00 EUR/m² pour une surface maximale de 250 m²
2	Isolation thermique des surfaces de toit	Toit	$U \leq 0,20 \text{ W/m}^2\text{K}$	45,00 EUR/m² pour une surface maximale de 200 m²
3	Isolation thermique des plafonds	Plafond de l'étage supérieur vers les pièces mansardées non aménagées	$U \leq 0,24 \text{ W/m}^2\text{K}$	30,00 EUR/m² pour une surface maximale de 200 m²
4	Isolation thermique des plafonds	Plafonds de cave, plafonds vers des pièces non chauffées	$U \leq 0,24 \text{ W/m}^2\text{K}$	30,00 EUR/m² pour une surface maximale de 200 m²
5	Isolation thermique des plafonds	Planchers, contre l'air extérieur	$U \leq 0,24 \text{ W/m}^2\text{K}$	30,00 EUR/m² pour une surface maximale de 200 m²
6	Renouvellement de fenêtres, de portes-fenêtres et de portes extérieures	Fenêtres, portes de balcon, de terrasse et d'entrée	$U_w \leq 1,5 \text{ W/m}^2\text{K} + U_g \leq 1,1 \text{ W/m}^2\text{K} +$ respect des normes belges	90,00 EUR/m²
7	Remplacement/Installation du système de chauffage ou de production de chauffage/d'eau chaude par une pompe à chaleur ou une pompe à chaleur combinée (air/air)	Chauffage	Conditions techniques, fixées par le ministre	2 000,00 EUR
8	Remplacement/Installation d'un système de chauffage par une chaudière biomasse	Chauffage	Conditions techniques, fixées par le ministre	2 500,00 EUR
9	Remplacement ou installation d'un poêle biomasse local	Chauffage	Conditions techniques, fixées par le ministre	500,00 EUR
10	Installation de panneaux solaires destinés à la production d'eau chaude	Production d'eau chaude	Conditions techniques, fixées par le ministre	1 500,00 EUR
11	Remplacement/Installation d'une chaudière biomasse ou d'un poêle biomasse	Production de chauffage/d'eau chaude	Conditions techniques, fixées par le ministre	4 500,00 EUR

	combiné à des panneaux solaires destinés à la production d'eau chaude			
12	Remplacement/Installation d'un système de production d'eau chaude par une pompe à eau chaude	Production d'eau chaude	Conditions techniques, fixées par le ministre	500,00 EUR
13	Optimisation de l'installation de chauffage	Chauffage	Conditions techniques, fixées par le ministre	400,00 EUR
14	Optimisation de la production d'eau chaude	Production d'eau chaude	Conditions techniques, fixées par le ministre	200,00 EUR

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement portant instauration d'un régime de primes visant à accroître la performance énergétique des bâtiments résidentiels existants.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement
A. ANTONIADIS